

PRESSEMITTEILUNG

13. Juli 2011

Gemeinsame Erklärung der Bürgerinitiativen Landau und Queichtal sowie des BUND

Nach Lektüre des Artikels „Keine Türen zugeschlagen“, veröffentlicht im überregionalen Teil der RHEINPFALZ vom 12. Juli, schwindet bei den Kritikern des B 10-Ausbaus die Hoffnung, dass der Anlauf zu einem zweiten Mediationsverfahren spürbar mehr **Ergebnisoffenheit** zulassen wird als das Mediationsverfahren im Jahr 2004. Die Vertrauensbasis ist stark beschädigt.

Zuerst sollte, wie bei der ansonsten erfreulich verlaufenen Landauer Begegnung mit Innenminister Lewentz zu erfahren war, das Thema einer - wie auch immer definierten - „**Nullvariante**“ ausgeklammert bleiben. Nach dem Pirmasenser Termin am Nachmittag desselben Tages soll zudem nun auch die Beratung der noch nicht verplanten Strecke **ab Hinterweidenthal** ostwärts unterbleiben.

Wer derart die Verhandlungsmasse einengt und schrumpfen lässt, gefährdet unsere Bereitschaft, sich überhaupt auf die Mühsal eines erneuten Mediationsverfahrens einzulassen. Der ist nicht wirklich bereit, das Gesamtthema B 10-Ausbau von der Tunnelfrage her zu denken; dem ist letztlich doch wieder Faktenschaffen wichtiger als solide Lösungsbereitschaft und die Herstellung eines **Klimas der Offenheit und Verständigung** (Stuttgart 21 scheint spurlos an ihm vorüber gegangen zu sein); der vergisst wieder ganz rasch die Zusage, einer **ganzheitlichen Betrachtung** eine Chance zu geben: Er würde damit zwangsläufig zur Salomitaktik einer rechtlich angreifbaren und die Kosten-Nutzen-Erfassung verzerrenden **Abschnittsbildung** zurückkehren.

Es muss befürchtet werden, dass „Ergebnisoffenheit“ im Wesentlichen nur noch in der Frage bestehen soll, ob die im Westen bereits vorhandene „Autobahn“ mit vierspurigem RQ 26 **nur bis Hauenstein oder gar bis Rinnthal** gebaut werden darf. Ein solcher groß dimensionierter Ausbau würde dann bei Hauenstein oder sogar vor den Toren Annweilers einen höchst unangenehmen „Flaschenhals“ entstehen lassen. Was wieder Druck erzeugen würde, auch den Rest bis zur A 65 irgendwann zur Autobahn werden zu lassen.

Genau wie bei der ersten Mediation würden somit wieder die Verhandlungen auf einen kleinen „Wurmfortsatz“ im Osten zurückgeworfen, damit wenigstens ein bisschen „Spielwiese“ für die Ausbaueegner übrig bleibt. Man fragt sich, wo bei solchen Aussichten noch substanzieller Fortschritt gegenüber der Schauveranstaltung im Jahr 2004 zu erkennen sein soll.

Zu fragen ist daher, warum die Südpfalz erneut ertragen soll, dass die Westpfalz wieder bis Landau mitbestimmen kann, während dagegen die Südpfälzer auf Westpfälzer Territorium überhaupt keinen Einfluss haben dürfen bei Maßnahmen, die dem Osten höchst unerwünschte Schädwirkungen bringen werden.

Walter Herzog
(BI Queichtal)

Ulrich Kraus
(BI Landau)

Armin Osterheld
(BUND Südpfalz)

Im Auftrag der drei Vereine: Ulrich Mohr